

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Prof. Dr. Ralph Weber, Fraktion der AfD

Ferienwohnungen Börgerende

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

Bauleitpläne werden von den Gemeinden in eigener Zuständigkeit aufgestellt. Ihnen obliegt somit, im Rahmen der rechtlichen Maßgaben, die planerische Gestaltungsfreiheit.

Für die Entscheidungen über Baugenehmigungen sind die unteren Baubehörden (Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien und großen kreisangehörigen Gemeinden) zuständig.

Praxis ist, dass die unteren Baubehörden bei Problemen im Zusammenhang mit der Handhabung des Baurechtes die fachlich zuständige oberste Landesbehörde, das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung, informieren.

Laut Ostsee-Zeitung vom 20. Februar 2016 sind in Börgerende keine Ferienwohnungen zulässig. Trotzdem sollen diese seitens des Landkreises fälschlicherweise genehmigt worden sein.

1. Ist die Darstellung richtig, dass die Baugenehmigungen der Ferienwohnungen rechtswidrig erteilt worden sind?

Ob die Darstellung in dem Artikel der Ostsee-Zeitung vom 20. Februar 2016, wonach die Baugenehmigungen der Ferienwohnungen rechtswidrig erteilt worden seien, richtig ist, kann nicht pauschal beantwortet werden. Eine Baugenehmigung ist jeweils immer eine Entscheidung des konkreten Einzelfalles und abhängig von dessen speziellen Umständen.

2. Wann wurden die zur Genehmigung notwendigen B-Pläne bekanntgemacht?
3. Wann wurden den Bauherren in diesem Zusammenhang die auf dem jeweiligen B-Plan fußenden Baugenehmigungen erteilt?
4. Wie hoch ist die Zahl von Eigentümern zu beziffern, deren Ferienwohnungen rechtswidrig genehmigt wurden?
5. Zwischen welchen Beteiligten kam es infolge der Genehmigungspraxis zu Rechtsstreitigkeiten?

Die Fragen 2, 3, 4 und 5 werden zusammenhängend beantwortet.

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

6. Wie definiert die Landesregierung die Begriffe „Betriebe des Beherbergungsgewerbes“ und „Ferienwohnung“?

Beide Begriffe sind bundesrechtlich vorgegeben. Betriebe des Beherbergungsgewerbes im Sinne des Bauplanungsrechtes sind danach dadurch gekennzeichnet, dass Räume ständig wechselnden Gästen zum vorübergehenden Aufenthalt zur Verfügung gestellt werden, ohne dass diese dort eine eigene Häuslichkeit unabhängig begründen könnten.

Bei Ferienwohnungen handelt es sich danach um Räume oder Gebäude, die einem ständig wechselnden Kreis von Gästen gegen Entgelt vorübergehend zur Unterkunft zur Verfügung gestellt werden und die zur Begründung einer eigenen Häuslichkeit geeignet und bestimmt sind [§ 13a der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786)].

7. Wer hatte während der rechtswidrigen Genehmigungen die Fach- und Rechtsaufsicht über diese Vorgänge?
In welchem Umfang waren der Fach- und Rechtsaufsicht die Vorgänge in Börgerende bekannt?

Zu dem im zitierten Artikel Behaupteten wird zunächst auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Nach §§ 78 Absatz 4, 86 Absatz 3, 123, 124 Absatz 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung - KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 777), und nach § 57 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Satz 2 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVOBl. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2017 (GVOBl. M-V, S. 331), hat das für die Bauaufsicht zuständige Ministerium als oberste Bauaufsichtsbehörde die Fachaufsicht für die Oberbürgermeister der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte und für die Landräte.

Der obersten Bauaufsichtsbehörde, diese ist nunmehr im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung angesiedelt, waren die Vorgänge in Börgerende insgesamt nicht bekannt.